

2008



BiG
BROTHER
AWARDS

BIG BROTHER AWARDS 2008

25. Oktober 2008 - Stoppt die Überwachungslawine!

Ein Projekt von:

quintessenz, Verein zur Wiederherstellung der Bürgerrechte im Informationszeitalter. - www.quintessenz.at

VIBE!AT, Verein für Internet-Benutzer Österreichs - www.vibe.at

Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft von Privacy International.
im

RABENHOF THEATER

A-1030 Wien, Rabengasse 3

www.rabenhof.at

Mit den Big Brother Awards bekommen Überwacher, Datenschüffler und andere willfähige Räder und Rädchen in der Maschinerie der Überwachung, was sie verdienen: Einen Platz im garstigen Rampenlicht der Big Brother Awards, um die Schmähungen von Moderatoren wie auch Publikum hinzunehmen. In Österreich werden Big Brother Awards seit 1999 jährlich an Politiker und Beamte, Firmen und deren Chefs, Spitzel und Datensammler aller Art verliehen. An alle eben, die Menschen überwachen, bevormunden oder mundtot machen wollen.

Negativ-Auszeichnungen werden alljährlich in den Kategorien „Business und Finanzen“, „Politik“, „Behörden & Verwaltung“, „Kommunikation & Marketing“, „Lebenswerk“ und „Öffentliche Volkswahl“ vergeben. 2006 erzwang die Menge an skurrilen Vorschlägen oder auch Umsetzungen die Einführung eines weiteren Preises: „Ad Absurdum“. Mit diesem Preis werden seither bei Bedarf besonders abwegige oder gar idiotische Überwachungsforderungen oder Maßnahmen prämiert.

Die Homepage der österreichischen Big Brother Awards befindet sich auf **www.bigbrotherawards.at**, dort finden sich auch reichhaltige weitere Hintergrund-informationen zu den in dieser Broschüre genannten Fällen, z.B. weiterführende Texte, Belege zu den Fällen oder auch Reaktionen der Gewinner.

Die Datenschutz-Negativpreise wurden von Simon Davies [Privacy International] 1998 ins Leben gerufen, seit der Premiere in London werden sie von Südkorea bis Tschechien, von Spanien bis in die USA in einer jährlich wachsenden Anzahl von Ländern verliehen.

www.bigbrotherawards.org

Seit 2003 wird auch der Preis „Defensor Libertatis“ vergeben – die einzige positive Auszeichnung für jene, die sich für Datenschutz besonders herausragend eingesetzt haben.

Verzeichnis

Big Brother Awards 2008	2
Warum Big Brother Awards?	4
Stoppt die Überwachungslawine	6
Nominierungen und Gewinner 2008	8
Business und Finanzen	8
Politik	9
Behörden und Verwaltung	12
Kommunikation und Marketing	16
Lebenslanges Ärgernis	18
Geschichte der	
Big Brother Awards Österreich	20
2007 "Lauscht da Jemand"	20
2006 "Land der Spanner"	22
2005 "Datenschutz ist Menschenrecht"	24
2004 "Teeren und Federn"	25
2003 "Die Farm der Tiere"	26
2002 "Sie wissen was du gestern getan hast"	27
2001 "Kakerlaken"	28
2000 "Willenlose Roboter"	29
1999 "Beton-Patscherl"	30
Jury 2008	31
Veranstalter & Location	33
Mitwirkende	34

Warum Big Brother Awards?

Ganz einfach, weil jeder Mensch das Grundrecht auf eine unbeobachtete Privatsphäre besitzt. Die Sicherung dieser Privatsphäre wird im Zeitalter der globalen Kommunikation zur wesentlichen demokratischen Herausforderung. Es ist hoch an der Zeit, öffentlich auf die Gefahren der Unversehrtheit unserer Daten-Integrität [ehemals: Privatsphäre] hinzuweisen. Deren fortschreitende Verletzung steuert direkt auf eine lückenlose soziale Kontrolle und kommerzielle Verfügbarkeit aller Individuen zu.

Auf der einen Seite versuchen Staaten, die durch die Beweglichkeit von Kapital und Informationen um ihre Macht fürchten, unter dem Titel "Verbrechensbekämpfung" die Kontrolle über alle Datenflüsse auf ihrem Territorium zu erlangen. Dem stehen Unternehmen gegenüber, deren Geschäftsgrundlage zunehmend ihre Datenbestände werden. Darum versuchen Firmen und Staaten gleichermaßen sich alle verfügbaren Daten anzueignen, Rücksichten auf die Integrität und die Befindlichkeit von Biomasse-Einheiten [ehemals: Menschen] spielen dabei längst keine Rolle mehr.

In keiner Periode zuvor seit dem zweiten Weltkrieg haben demokratisch gewählte Regierungen jeder Couleur so dreist und systematisch die Grundrechte ihrer Bürger/innen beschnitten. Noch nie zuvor hat sich die Spirale staatlicher und privater Überwachung so aberwitzig schnell gedreht. Die technischen Möglichkeiten des Sammelns und Auswertens elektronischer Informationen [Dataming und Rasterfahndung] verführen immer mehr Organisationen dazu, diese Instrumente global zu missbrauchen. Nie war es nötiger als heute, sich dagegen zu wehren. Wir tun es mit den Big Brother Awards seit 1999.



Die technologischen Voraussetzungen für die Aneignung der intimsten Daten explodieren seit einiger Zeit förmlich, was die Kontrolle immer schwerer macht und die Skrupel immer weiter schwinden lässt.

Vor einigen Jahren hatten die Forderungen im berühmten ENFOPOL-Papier der EU-Ratsarbeitsgruppe "Polizeiliche Zusammenarbeit" zur Überwachung von allen digitalen Netzen bei ihrem Bekanntwerden noch Bestürzung und Empörung ausgelöst. Heute sind diese Vorgaben in den Überwachungsverordnungen in Österreich und Deutschland wie im übrigen EU-Europa weitgehend umgesetzt.

Wenn sie wissen, was du gestern und vorgestern getan hast, werden sie bald wissen, was du morgen wahrscheinlich tust.

Big Brother ist aber nicht nur Überwachung. Big Brother ist Bevormundung an sich. Zum Beispiel durch Personen aus Politik und Industrie, die etwa Journalisten sagen wollen, was diese zu berichten oder gut zu finden haben, und was nicht.

Nur ein massiver und andauernder Druck im Datenstrom [Massenmedien] kann diese Entwicklungen beeinflussen. Die Big Brother Awards sollen negative und unerwünschte Trends frühzeitig aufzeigen und damit einen wichtigen Beitrag zur Kurskorrektur liefern.

Wer etwa durch vorbeugende Überwachung von Telefonie und Internet Terroristen aufspüren will, die – wie sich gezeigt hat – alles tun, um elektronisch möglichst wenig aufzufallen, muss die gesamte Kommunikation der Zivilgesellschaft kontrollieren.

Kameras in der U-Bahn, Kameras vor öffentlichen und privaten Gebäuden, Kameras an Bankomaten - überall stehen wir im Licht und werden beobachtet.

Was man in erster Linie finden wird, sind nicht Verbrecher, sondern Menschen mit auffälligem Kommunikationsverhalten. Sie werden, neben Rechthabern, Querulanten, Verschwörungstheoretikern und dem dümmen Teil der Kleinkriminalität, jene Menschen finden, die ihr Recht auf Informationsfreiheit ganz offen wahrnehmen. Menschen, die besonders gerne chatten, mailen oder Newsgroups lesen. Menschen, die mehrere Handys besitzen oder häufig ins Ausland telefonieren. Menschen, die sich im Internet über Atomtechnologie oder den Islam, Satellitentechnologie und Netzwerksicherheit, über Verschlüsselung, Hackermethoden oder die Aktivitäten von Polizei- und Geheimdiensten informieren.

Sie suchen getarnte Terroristen und sie finden: Uns! (Ja, Sie auch!)

Daher werden alljährlich die für die übelsten Datenschutzverletzungen Verantwortlichen durch eine Jury mit den ungeliebten Negativpreisen honoriert. Alle Personen, Behörden, Firmen oder sonstige Vereinigungen, die einen besonderen Beitrag zur Abschaffung der Privatsphäre geleistet haben, können für einen der Awards vorgeschlagen werden.

Jene Behörden, Personen und Organisationen werden beim Namen genannt, die zu unserer Zukunft als gläserne Menschen beitragen.

Name Them and Shame Them

Stoppt die Überwachungslawine!

„Keine Schneeflocke in der Lawine wird sich je verantwortlich fühlen.“
Stanislaw Jerzy Lec

Jede Lawine beginnt damit, daß sich ein paar kleine, harmlos aussehende Schneeflocken in Bewegung setzen. Dann kommen weitere Schneeflocken hinzu. Und ehe man es sich versieht, rast eine Lawine zu Tal.

Im Bereich Datenschutz und Überwachung ist das Bild recht ähnlich: Es gab technische Möglichkeiten, die rechtliche Rahmenbedingungen klar geregelt waren und im Vergleich zum damit verbundenen Eingriff in die Grundrechte mehr oder weniger angemessen waren. Durch die neuen Technologien der letzten Jahre verlieren die Grundrechte zusehends an Einfluß auf die Einführung neuer Technologien. Jedes Jahr werden die Grundrechte auf Gesetzesebene weiter ausgehöhlt, bzw. es werden durch neue Technologien Überwachungsmöglichkeiten geschaffen, die durch Gesetze nicht oder schlecht geregelt sind.

Der Kamerawahn der letzten Jahre schreitet ungebrochen voran. An allen möglichen und unnötigen Orten werden Kameras und Überwachungssysteme installiert, um nur ja keine Bewegung eines Bürgers zu verpassen.

Doch es geht längst nicht nur um das Sehen. Etwa mit dem Schlagwort „Vorratsdatenspeicherung“ kommen neue, massive Bedrohungspotentiale auf den Bürger zu.



Vorratsdatenspeicherung, das klingt fast harmlos; es geht ja auch „nur“ darum, wer wann mit wem kommuniziert hat: Per Telefon, per Mail, oder bei sonstigen elektronischen Kommunikationsformen - harmlos? Von wegen.

Daraus lässt sich unter anderem das soziale Netz eines Bürgers – also wer seine Freunde, Bekannten, Geschäftspartner usw. sind herleiten. Daraus wiederum lassen sich Rückschlüsse z.B. auf seine Interessen oder sein Einkommen ziehen. Nun gehört es aber zu den demokratischen Spielregeln, dass Behörden - bis auf genau definierte

Ausnahmen (z.B. Strafverfolgung) - nicht in das Privatleben und die persönlichen Lebensumstände Einsicht nehmen dürfen oder sich einzumischen haben.

Erst recht gehen diese Informationen sonstige Interessenten wie etwa Firmen nichts an. Wenn diese Daten aber einmal vorliegen, dann steht zu befürchten, dass sie ihren Weg zu Dritten finden werden.

Was haben etwa häufige Telefonate mit dem Arbeitsamt zu bedeuten? Oder mit einem Scheidungsanwalt? Oder ...? Aus solchen Häufungen lassen sich schon Schlüsse ziehen – die wiederum stimmen können oder auch nicht.

Bedenklich ist, dass sich erfasste Daten ebenso wie die daraus abgeleiteten Schlüsse der Kontrolle und dem Wissen des Betroffenen entziehen. Vielleicht fallen sie schon am nächsten Tag auf ihn zurück, vielleicht erst nach zehn Jahren – vielleicht auch nie.

Die Tendenz hinter der Vorratsdatenspeicherung und anderen aktuellen Initiativen ist klar: Da gibt es einen Bereich, der derzeit nicht von den Behörden überwacht werden kann, einen Bereich, in dem der Mensch derzeit noch unbeobachtet oder unbelauscht agieren kann. Das darf nicht sein.

In diesem Sinne: Helfen Sie mit, in Ihrem Umfeld den Schutzwald gegen die Überwachungslawine zu stärken und auszubauen!

Stoppt die Überwachungslawine!

**BIG
BROTHER
AWARDS**



Überwachungslawine

Nominierungen und Gewinner 2008



Updates, Beweismaterial und Reaktionen zu jeder Nominierung auf www.bigbrotherawards.at/2008/Nominierungen

Das BBA-Symbol kennzeichnet den Gewinner der jeweiligen Kategorie.

Business & Finanzen

UEFA: Fanzonen-Terror in Österreich und in der Schweiz

Sport ist Mord - und kilt bei Gelegenheit auch die Freiheit. Um das herauszufinden, muss man nicht unbedingt nach China schießen. Dass ganze Stadtzentren zu grotesken Spaß-Hochsicherheitszonen umgebaut werden können, bewiesen die Vereinigung Europäischer Fußballverbände UEFA und verschiedene Städte in Österreich und der Schweiz anlässlich der Fußball-Europameisterschaft UEFA EURO 2008 mit ihren „Fanzonen“. Am Ring in Wien wurden Bürger beim Gang durch ihre eigene Stadt gefilzt, durften keine größeren Getränkeflaschen oder Taschen bei sich tragen und wurden dabei permanent von Überwachungskameras gefilmt. Dass das Parlament dabei hinter zwei Meter hohen Bauzäunen verschwand und Bürgern zeitweise der Zugang zum Hohen Haus verwehrt blieb, kann dabei durchaus als Metapher für den inneren Belagerungszustand der westlichen Demokratien gesehen werden. Die Lehre daraus zu ziehen, ist einfach: Die Fanzone war sogar wirtschaftlich ein Flop.

Bruno Wallnöfer, TIWAG Vorstandsvorsitzender: Mit Detektiven gegen Kritiker

Der Tiroler Energieversorger hat bei seinem beinahe vier Jahre währenden Versuch, einen Kritiker mundtot zu machen, wirklich überhaupt nichts ausgelassen. Der Ötztaler Publizist Markus Wilhelm berichtet im Netz über die Ausbaupläne der TIWAG in unverbauten Alpentälern, Vetternwirtschaft und die dubiosen Cross-Border-Leasing-Verträge von TIWAG-Kraftwerken, die immerhin in öffentlichem Eigentum stehen. Erst versuchte die Tiwag die verwendete Domain im Handstreich auszuschalten, dann wurde Wilhelm für seine Veröffentlichung mit Klagen in existenzbedrohender Höhe eingedeckt, wofür die TIWAG bereits 2005 nominiert wurde. Nun kam heraus, dass der Energieversorger - Eigentümer ist das Bundesland Tirol - dem Kritiker Wilhelm auch ein Detektivbüro auf den Hals gehetzt hat. Über 1000 Stunden ließ die TIWAG gegen Wilhelm ermitteln, Kostenpunkt: 152.000 Euro.



Steve Jobs: notorische Entziehung des Rechts auf Eigentum

August musste Apple-Chef Steve Jobs gegenüber dem "Wall Street Journal" eingestehen, dass sein Konzern in die Firmware des iPhone 3G eine Option (Backdoor) eingebaut hat, die es Apple ermöglicht, auf dem Gerät laufende Programme via Fernzugriff zu deaktivieren. Ein Jahr davor hatte Apple jene iPhones, die von ihren Besitzern zum Gebrauch in allen Telefonienetzen freigeschaltet worden waren, mit einem Firmware-Update einfach deaktiviert. Auch ansonsten herrscht bei Apple ein strenges Regiment darüber, welche Software auf iPhones und iPods verwendet werden darf. Damit ist Jobs über sein erklärtes Ziel, durch Kontrolle Qualität und Sicherheit zu gewährleisten, doch etwas hinausgeschossen. So war das mit der vernetzten und allgegenwärtigen Kommunikation nämlich nicht gemeint, dass eine Firma ihren Kunden jederzeit und überall das Eigentumsrecht über längst bezahlte Geräte entziehen kann.

Politik

Maria Fekter [ÖVP]: Schulen, Manipulation und Videos

Um Himmelswillen, die Kriminalitätsrate von Kindern unter 14 ist binnen eines Jahres um 30 Prozent gestiegen! Sofort muss Videoüberwachung an den Schulen her, um diesem Ausbruch an Jugendkriminalität Herr zu werden, forderte Innenministerin Maria Fekter. Davor hatte bereits die Datenschutzkommission der Videoüberwachung als pädagogisches Instrument eine Abfuhr erteilt. Wie umgehend nach Fekters Ankündigung aus dem Justizministerium zu erfahren war, änderte die am 1.1.2008 in Kraft getretene neue Strafprozessordnung die Zählweise: Nun besteht in allen Fällen die Pflicht zur Anzeigenerstattung bei strafunmündigen Jugendlichen.

Bei diesem eklatanten Fall versuchter Öffentlichkeitsmanipulation durch eine Ministerin zur Ausweitung der Überwachung halten sich Plumpheit und Unverschämtheit des Vorgehens in etwa die Waage.

Günter Kößl [ÖVP] und Rudolf Parnigoni [SPÖ]: Sicherheitspolizeigesetz - Mir wern kan Richter brauchen

Am Nikolaustag 2007 holten Günter Kößl und Rudolf Parnigoni, die Sicherheitssprecher von ÖVP und SPÖ, die Rute aus dem Sack: Sie schleusten die Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes durch den Nationalrat, die es der Polizei erlaubt, IP-Adressen und Handystandortdaten ohne richterliche Kontrolle abzufragen, Stichworte: "Gefahr im Verzug", "Auffindung verirrter Wanderer vermittelt IMSI-Catcher". Vorbei an Innenausschuss und Datenschutzrat machten Kößl und Parnigoni das Sicherheitspolizeigesetz in einer Version beschlussreif, die zu den Handystandortdaten auch noch den Zugriff auf die IP-Adresse erlaubte.



Endgültig ausgehebelt war der parlamentarische Arbeitsablauf, als das Sicherheitspolizeigesetz als letzter Punkt der letzten Parlamentssitzung des Jahres kurz vor Mitternacht durch den Nationalrat ging. Seit dem 1. Jänner 2008 definiert die Polizei allein, was "Gefahr im Verzug" bedeutet. In der Praxis heißt es jedenfalls: Ein Richter wird bei dieser Zugriffsgenehmigung nicht gebraucht. Seitdem sind die Abfragen der Behörden bei Internet-Providern und Telekoms nach Standortdaten und IP-Adressen exponentiell gestiegen. In den ersten fünf Wochen 2008 wurden die Standorte von 82 Handynutzern lokalisiert und 2.766 Anschlussinhaber ausgeforscht, 32 Anfragen laut "Die Presse" sind es täglich, bei T-Mobile geht man von noch höheren Zahlen aus.

Nebenbei wurden den Sicherheitsorganen auch 600.000 Euro zur Anschaffung von IMSI-Catchern genehmigt, denn die würden ja zur Ortung der "verirrten Tourengänger" gebraucht, so Kößl und Parnigoni. Die tatsächlichen Features eines IMSI-Catchers aber sind, sehr verkürzt: Das Gerät simuliert eine GSM-Basisstation [Handy-Mast] und zieht die Handys aus der näheren Umgebung dadurch auf sich. Sodann fragt der Catcher die internationale Kundennummer [IMSI] des Handy-Besitzers ab, deaktiviert die GSM-Verschlüsselung, um im Bedarfsfall die Telefonate mitschneiden zu können. Das allerdings ist vom Sicherheitspolizeigesetz nicht gedeckt, über dessen gesetzesmäßigen Vollzug der "Rechtsschutzbeauftragte" wacht, also ein Beamter und kein unabhängiger Richter. Passend dazu wurden die Polizeijuristen abgeschafft.

Günther Platter [ÖVP]: Kопierte Überwachungsphantasien von Wolfgang Schäuble

In seiner stark verkürzten Amtszeit hat Günther Platter Beachtliches in die Welt gesetzt. In Stichworten: IMSI Catcher für vermisste Tourengänger, Bundes-trojaner, automatisierte Verkehrsüberwachung, Nacht- und Nebel-Sicherheitspolizeigesetz. Am beeindruckendsten war wohl die Fähigkeit dieses Innenministers, seinem deutschen Kollegen Wolfgang Schäuble die Worte von den Lippen abzulesen und sie dann hart an der Echtzeit zu wiederholen. Sie konnte noch so unausgegoren und technisch wahnwitzig sein, jede neue Überwachungs-idee Schäubles wurde hierzulande sofort und lautstark nachgeplappert. Bei soviel Harmonie fehlte dann nur noch der feierliche Austausch eines Freundschafts-Unterpfans, der gleich einer Weltpremiere gleichkam. Als erste Länder weltweit gaben Deutschland und Österreich den wechselweisen Austausch von DNA- und Fingerabdruckdaten bekannt. Zum Beginn von Platters Amtszeit 2006 noch als "adäquat geschütztes" Land eingestuft, rangiert die Republik Österreich nun im Ranking von Privacy International als "systematischer Datenschutzversager".

Gerald Grosz [BZÖ] und Heinz-Christian Strache [FPÖ]: Fingerabdrücke auf E-Card

Eine schnell wieder zurückgezogene Forderung von Ex-Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky [ÖVP] löste bei den Fingerprint-Fans der ersten Stunde BZÖ/FPÖ freudige Erregung aus. BZÖ-Generalsekretär Gerald Grosz, dessen

Kollege Peter Westenthaler in Sachen Fingerabdrücke bereits 2001 mit einem Award und einer nochmaligen Nominierung ausgezeichnet worden war, sah "eine alte Forderung seiner Partei durchgesetzt". Westenthaler hatte bekanntlich gefordert, alle in Österreich lebenden Nicht-EU-Bürger biometrisch zu erfassen. Auch die FPÖ reagierte erst hocheifrig, dann enttäuscht, als das Vorhaben nach geharnischten Protesten der Ärztekammer blitzartig abgeblasen wurde, und schließlich mit teutonischem Trotz. Heinz Christian Strache: "Wir fordern weiterhin die Einführung einer E-Card, versehen mit Foto und Fingerabdruck." Kdolsky warf man vor, "mittlerweile erkannte mafiartige Missbrauchsstrukturen unter den Teppich kehren zu wollen."

Der Hauptverband der Sozialversicherungen bezeichnete den Schaden durch Missbrauch der E-Card wörtlich als "gering", pro Fall seien eine -zig bis wenige hundert Euro zu veranschlagen.

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein [ÖVP] - Arbeitslosenversicherungsgesetz

Arbeitslose gehören zweifellos zu den Unterprivilegierten der Gesellschaft. Sie dienen der Politik aber offenbar immer öfter als Experimentierfeld für grund- und datenschutzrechtliche Untergriffe und damit wird die Ohnmachtsituation der Betroffenen zementiert.

Mit dem im Juni beschlossenen Arbeitslosenversicherungsgesetz (AIVG) wurde die Grundlage geschaffen, über Arbeitslose einen geradezu unbegrenzten Datenkatalog anzulegen. In fünf Unterkategorien gruppiert, sollen künftig hunderte Detaildaten über den Arbeitssuchenden, aber auch über seine Angehörigen gesammelt werden. Neben den nachvollziehbaren Angaben zu Ausbildungen, Beruf und Berufswünschen, sollen ganz allgemein "sonstige persönliche Umstände, die die berufliche Verwendung berühren", Partnereinkommen, Gesundheitszustand des Arbeitssuchenden und auch seiner Angehörigen, Beschäftigungsverläufe, Umstände der Auflösung von Arbeitsverhältnissen und Zusammenhänge mit Streiks erfasst und auf Dauer gespeichert werden.

Daten der Angehörigen dürften ohne Zustimmung der Betroffenen gar nicht weitergegeben werden. Arbeitslose werden damit zur Verletzung der Datenschutzbestimmungen "ermutigt". Kennzeichen der AIVG-Datensammelwut ist neben der großen Datenmenge auch die unklare Zweckbestimmung bei der Datenverwendung. So können diese Daten weitestgehend nach Gutdünken der Beamten verwendet und weitergegeben werden, solange die Verwendung der Arbeitsvermittlung "dienlich" ist. Niemand prüft oder kontrolliert jedoch diese "Dienlichkeit". In vielen Fällen legitimiert das Gesetz auch einfach nur die gängige Praxis.

Daten können an Schulungsfirmen des AMS weitergegeben werden. In der Vergangenheit wurden dort Daten als öffentliches Anschauungsmaterial verwendet und Arbeitslose vor anderen Teilnehmern bloßgestellt. Oder ein Unternehmer braucht nur ein Jobangebot vorzugeben, um an die Daten eines Arbeitslosen heranzukommen.

Behörden und Verwaltung

Daniela Strassi, Direktorin von Wiener Wohnen: 220.000 Fragebögen mit versteckter Kundennummer



Rechtzeitig vor der Wahl fiel der Geschäftsführung von "Wiener Wohnen" ein, dass sie eigentlich schon immer wissen wollte, was die Gemeindebaummieter so über ihre Wohnung, Hausanlage, Nachbarn, Umgebung, Sicherheitssituation, Hausverwaltung und die Stadt Wien denken. Der "Auftakt zu einer langfristigen direkten Kommunikation mit den Bewohnern" sollte es werden. 220.000 Fragebögen wurden ausgesandt, die ganz oben mit persönlicher Anrede [Nachname] versehen waren. Ganz unten trugen auf Seite zwei sie den Hinweis, dass dieser Fragebogen "gerne auch anonym" eingesandt werden könnte. Also: Man könne den aufgedruckten Namen auch unkenntlich machen.

Der zuständige Stadtrat Michael Ludwig [SPÖ] antwortete auf diesbezügliche Fragen zudem so: Da stehe ja nur der Familienname zur persönlichen Anrede, aber nicht einmal der volle Name und die Adresse am Fragebogen.

Wer freilich genauer hinsah, dem fiel auf Seite zwei ein Bar-Code von perfider Unscheinbarkeit auf. Dieser Strichcode diene nur der Zuordnung des Fragebogens zu den Verwaltungs-sprengeln, sagte der Wohnbaustadtrat dazu.

Wie mit einem Barcode-Leser festgestellt werden konnte - nur damit ist der Inhalt des Codes lesbar - ist das im günstigsten Falle irreführend. Der seitlich angebrachte Strichcode enthält nämlich die volle "Wiener Wohnen" Kundennummer des Mieters.

Damit ist jeder Fragebogen direkt mit dem vollen Datensatz des Gemeindebaumieeters verknüpfbar. Die dort vorhandenen Stammdaten inklusive Zahlungsgewohnheiten ergänzen sich prächtig mit den erhobenen Informationen: Verträgt sich der Mieter mit den Nachbarn? Hat er vielleicht vor, ausziehen?

Nach Ansicht der Jury hat auf diesem Bogen jedenfalls eine Frage gefehlt: "Sind sie sicher, dass sie nichts zu verbergen haben?"



EU-Handelskommissar Peter Mandelson: ACTA, "Anti-Piraterie"-Geheimvertrag

Seit 2007 drängen die USA und Frankreich in Allianz mit den üblichen "Rechteinhabern" auf den zügigen Abschluss eines Antipiraterie-Geheimpakts unter dem Namen Anti-Counterfeiting Trade Agreement [ACTA]. Seit 2008 verhandelt auch die EU-Kommission unter absoluter Geheimhaltung mit, zwar gab es eine öffentliche Konsultation, worüber man eigentlich sprach, wussten die Konsultierten freilich nicht. Bis heute wurde der Öffentlichkeit nämlich kein Text für diesen Vertrag vorgelegt, der nach Willen der USA und Frankreichs noch heuer unterschriftsreif werden sollte. NGOs und Bürgerrechtler von der AIDS-Hilfe bis hin zur Free Software Foundation fürchten, dass ihre Arbeit durch neue Restriktionen im Namen des Kampfes für das vielbeschworene "geistige Eigentum" behindert werden könnte. Zum einen hätten neue Restriktionen gegen Generika oder auch Re-Importe schlimme Auswirkungen auf die ohnehin mit Medikamenten unterversorgten Entwicklungsländer. Zum anderen würde ein konzertiertes Vorgehen gegen Tauschbörsen einen der wichtigsten Vertriebswege für freie Linuxdistributionen abschneiden. Datenschützer wiederum befürchten, dass die USA ihre mittlerweile übliche Praxis, am Zoll anlasslose Kontrollen des Inhalts von Notebooks, Ipods und Handys durchzuführen, in diesem Vertragswerk festschreiben wollen. Auf wiederholte Anfragen geben sich sowohl EU-Kommissar Peter Mandelson als auch der in Österreich zuständige Wirtschaftsminister Martin Barteinstein (ÖVP) bedeckt und verweigern konsequent die Herausgabe konkreter Informationen über den Stand der ACTA-Verhandlungen.

Mathias Vogl (Sektionschef), Alois Lißl (Sicherheitsdirektor Oberösterreich) und Franz Lang (Kabinettschef im Innenministerium): Koordination des Skandals um die Weitergabe sensibler Daten im Fall Zogaj

Als der Druck der Öffentlichkeit auf Innenminister Günther Platter, die von Abschiebung bedrohte Familie Zogaj nicht auszuweisen, gerade am größten war, geschah Bezeichnendes. Zwischen 1. und 3. Oktober verzeichnet das Polizei-Informationssystem EKIS allein 37 Abfragen nach dem Namen Zogaj von einem Beamten in Oberösterreich. Auch von Wiener Beamten wurde genau in diesem Zeitraum im EKIS der Name "Zogaj" zigfach abgefragt. Die Daten gingen an Alois Lißl, Sicherheitsdirektor in Oberösterreich und an Franz Lang, den damaligen stellvertretenden Generaldirektor für öffentliche Sicherheit und heutigen Kabinettschef im Innenministerium. Laut Dienstbericht erkundigte sich Lißl am Abend des 1. Oktober über den neuesten Stand im Fall Zogaj. Eine Stunde später bedankte sich Lang für das "äußerst kompetente Krisenmanagement" der Kollegen.

Parallel dazu erschienen Medienberichte und prompt trat eine Reihe von Entscheidungsträgern wie etwa Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer [ÖVP] oder Martin Gschwandtner, stellvertretender Bezirkshauptmann von Vöcklabruck, an die Öffentlichkeit. Der Tenor: Mitglieder der Familie Zogaj hätten eine kriminelle Vergangenheit. Man verrate damit auch keine

Geheimnisse, sondern wiederhole nur öffentlich Bekanntes, war die Rechtfertigung.

Zusammen mit einer entsprechenden Presseaussendung stellte auch Sektionschef Vogl sogar Bilder aus dem Ermittlungsakt ins Internet. Nach heftigen Protesten und einer Anzeige verschwand diese wieder.

Denn plötzlich kursierten in den Medien auch Daten der Zogajs aus dem Kriminalpolizeilichen Aktenindex, der alle Anzeigen speichert, auch wenn sie sich später als haltlos erwiesen haben. Dabei handelt es sich um die mithin sensibelste Datensammlung des Innenministeriums. Die "kriminelle Vergangenheit" der siebenköpfigen Familie aber sah so aus: Nach einer Auseinandersetzung in einer Disco war ein Zogaj-Sohn ohne Strafe schuldig gesprochen worden, die mildeste Sanktion, die das Jugendstrafrecht kennt.

Nun ermitteln Beamte des Innenministeriums gegen ihren Ex-Minister und gegen Kollegen wegen illegaler Weitergabe von vertraulichen Daten. Wieder einmal, denn Beamte des Innenministeriums verursachen mit beunruhigender Regelmäßigkeit den jeweils größten, aktuellen Datenschutzskandal der Republik. Nach dem Auffliegen der sogenannten Spitzelaffäre im Jahr 2000 etwa hatte der blaue Polizeigewerkschafter Josef Kleindienst gestanden, FPÖ-Politiker jahrelang mit vertraulichen Daten aus dem EKIS beliefert zu haben. Verwendungszweck: Um Kritiker zu diskreditieren.



EU-Kommission: Was ein öffentliches Dokument ist, bestimmen wir

Die EU-Kommission will das Gesetz über den öffentlichen Zugang zu EU-Dokumenten ändern. Zu den Vorschlägen der Kommission zählt etwa, dass EU-Papiere nur dann als „Dokumente“ im Sinne des Gesetzes betrachtet werden sollen, wenn die EU-Institutionen sie auch zu solchen erklären und in entsprechenden Registern aufführen. Damit, so Kritiker wie die britische Bürgerrechtsorganisation Statewatch, könnten die EU-Bürokraten selbst und unkontrolliert darüber entscheiden, welche Papiere nun "Dokumente" seien und von den Bürgern eingesehen werden könnten und welche nicht. Damit ließen sich lästige Diskussionen in der Öffentlichkeit sehr einfach vermeiden. Bis zur Entscheidungsfindung in heiklen Fragen könnte man EU-intern nach diesem Muster so lange mit "Nicht-Dokumenten" arbeiten, auf die es halt keinen Zugriff für die Öffentlichkeit gibt, bis vollendete Tatsachen geschaffen seien: Keine Information bedeutet eben auch "keine Diskussion". EU-Ombudsmann Nikiforos Diamandouros hat sich öffentlich scharf gegen diesen Vorstoß der Kommission gewandt.

Wissenschaftsminister Johannes Hahn [ÖVP]: E-Voting um jeden Preis

Unermüdlich verfolgt Wissenschaftsminister Johannes Hahn das Projekt, bei den Hochschülerschaftswahlen E-Voting via Internet mittels Bürgerkarte einzuführen. Dass sich die eigentlich Betroffenen - die ÖH-Vorstände - seit Jahren gegen die Einführung von E-Voting aussprechen, ficht Hahn nicht an: Geht es doch darum, das seit Jahren untote Bürgerkartenprojekt wiederzubeleben und einen Präzedenzfall für künftige Nationalratswahlen zu schaffen. Ende September musste Hahn die Notbremse ziehen, da die Ausschreibung des E-Voting-Systems beansprucht wurde. Durch den Rückzug der Ausschreibung verhinderte Hahn zumindest, dass das Bundesvergabeamt sich näher mit den Gründen für die Einsprüche beschäftigt. Auch der Datenschutzrat hatte schwere Zweifel angemeldet: E-Voting könne die in der Verfassung verankerten fundamentalen Grundsätze einer freien, geheimen und persönlichen Wahl nicht erfüllen. Bremsen lässt sich der österreichische Wissenschaftsminister weder vom Widerstand der Bürger noch von der eigenen Ungeschicklichkeit. Das Ministerium sieht seine E-Voting-Pläne auch nach dem Ausschreibungs-Flop weiterhin auf Schiene. Der hauptsächliche Grund für diese Beharrlichkeit: Da der Anteil konservativer Stimmen unter den Briefwählern stets signifikant höher ist, als unter der Gesamtwählerschaft, erwartet man denselben Trend auch beim E-Voting. Die Partikularinteressen einer Partei werden also über die in der Verfassung verankerten fundamentalen Grundsätze einer freien, geheimen und persönlichen Wahl gestellt.

Bundewahlbehörde - Briefwahl

Dass Briefwahlen wie jede "Fernstimmabgabe" an sich problematisch sind, war bekannt. Wie sie von der Bundewahlbehörde aber umgesetzt wird, öffnet eine weitere Front. Das Kuvert mit dem Wahlzettel ist zwar physisch von jenem Kuvert, das die Identifikation des Wahlberechtigten enthält, separiert: Es wird verschlossen beigelegt. Dafür stehen aber am Aussenkuvert neben dem vollen Namen auch die Wohnadresse, das Geburtsdatum und eine Unterschrift des Wahlberechtigten. Das sind behördlich geprüfte, also wertvolle Daten, die von jedem, der mit dem Kuvert in Berührung kommt, leicht kopierbar sind.

Ein weiteres Kuvert oder eine andere Anbringung der Daten würde nicht nur dieses Problem lösen. Wären die Stammdaten des Wahlberechtigten nicht von außen sichtbar würde zudem das Wahlgeheimnis stärker gegen Missbrauch geschützt: Es wäre nicht mehr möglich, gezielt nach einer bestimmten Person suchen, ohne alle durchsuchten Stimmen ungültig zu machen.

Vorsitzende der Wahlbehörde ist übrigens Innenministerin Maria Fekter, einer ihrer Stellvertreter ist Matthias Vogl, beide sind für die Big Brother Awards 2008 nominiert.

Kommunikation und Marketing

Larry Page, Sergey Brin & Eric Schmidt – Die Google-Datenjäger

Zum 10-Jahres-Jubiläum stellte sich das Google-Triumvirat Larry Page, Sergey Brin und Eric Schmidt mit einem besonderen Geschenk ein – sie präsentierten der Internet-Gemeinde einen Browser, der schneller, sicherer und besser sein sollte. Mit schneller und besser war wohl die Spionage-Fähigkeit von Chrome gemeint, denn er "telefoniert nach Hause" und versorgt die Google-Datenzentren mit Informationen über die Nutzer. Die Sicherheit der Benutzerdaten sah beim Release so aus: Die von Chrome gespeicherten Passwörter für diverse Websites werden etwa im Klartext auf der Festplatte gespeichert. Das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik hat - das ist ein Novum - vor der Benutzung eines Browser, nämlich Chrome, gewarnt. In Kombination mit Cookies und dem Gratis-Webanalyse-Tool Google Analytics, das in etwa 80 Prozent der Top-300.000-Seiten des Web integriert ist und ohne Wissen der Nutzer Daten zu den Google-Servern schickt, hat Google mittlerweile eine große Ansammlung an Spionage-Tools entwickelt. Vorerst komplettiert durch das erste Android-Handy, das die Nutzer-Profile um Standortdaten und Telefonnummern ergänzt. Dass Sergey Brin seit September die Werbetrommel für das Genanalyse-Unternehmen seiner Gattin rührt, ist typisch. Jeder solle sich eine Genanalyse anfertigen lassen, fordert Brin in seinem Blog – auf dass unsere Profile noch detaillierter werden, denn an dem Unternehmen 23andMe ist Google außerdem beteiligt.

UPC - Aus österreichischen Tippfehlern werden US-Werbepprofile



In welcher Situation ist eine Person wenn sie eigentlich "schwangerschaftsberatung.at" ansehen wollte? Welche Rückschlüsse lassen sich auf das persönliche Umfeld eines Menschen ziehen, der versehentlich "gebrauchtwagn.at" oder "jobbörse..at" eintippt? Und was ist, wenn die aus all diesen Fehlern generierte Information automatisiert in den USA zur Anlage von

Werbeprofilen verknüpft wird, ohne dass der User davon eine Ahnung hat? Der Internet-Provider UPC/Chello testet in Österreich einen Service, mit dem sich viele andere Provider und selbst Internetregistrar Verisign schon vor Jahren eine blutige Nase geholt haben. Das von UPC verwendete System der US-Firma Nominum fängt Tippfehler bei der Adresseingabe im Browser ab und leitet sie an den kommerziellen Werbe- und Suchdienst InfoSpace weiter. Das passiert ungefragt für alle, ausser man meldet sich aktiv davon ab oder betreibt einen eigenen Nameserver. Alle Anderen werden von Infospace mit kommerziellen Werbebannern und einem eindeutigen Cookie beglückt, Ablaufdatum: Das Jahr 2108 [sic!].

Auch wenn UPC beteuert, während der mehrmonatigen Testphase noch kein Geld daran zu verdienen, sind Werbepprofile mit angereicherten Tiefendaten viel Geld wert. Tatsache ist, dass ein großer österreichischer Provider die

Privatsphäre seiner Kunden ungefragt an ausländische Werbefirmen verschertelt, die weit entfernt sind, europäischen Datenschutzbestimmungen zu entsprechen.

Marcus Riecke, Geschäftsführer StudiVZ: "Wer seine Daten schützt, der fliegt"

Das beliebte deutsche "Social Network" StudiVZ, das auch in Österreich viele Benutzer hat, änderte zum 9. Jänner 2008 die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die Inhaber der rund vier Millionen Profile sollten mit personalisierter Werbung angesprochen werden, die auf Alter, Geschlecht, Wohn- und Studienort sowie Studienfach zugeschnitten ist. Voraussetzung dafür ist Tracking und die Erstellung eines Meta-Profiles, das in puncto Aussagekraft weit über die freiwilligen Angaben der User hinausgeht.

Wortlaut: "Ich erkläre mich damit einverstanden, dass studiVZ diese in den so genannten Protokolldateien gespeicherten Daten auswertet und analysiert, um das studiVZ-Netzwerk und seine Anwendungen zu optimieren sowie um mir gezielt personalisierte Werbung und/oder besondere Angebote und Services über das studiVZ-Netzwerk zu präsentieren bzw. präsentieren zu lassen"

Wer den neuen Konditionen nicht zustimme, würde nach einer knappen Übergangsfrist weder auf sein womöglich seit Jahren ausgebautes Benutzerprofil samt Bildern noch seine Kommunikation zugreifen können. Im Klartext also: Wer seine angesammelten, persönlichen Daten schützen will, der fliegt. Nach heftigen Protesten erklärte sich die Geschäftsführung letztendlich bereit, eine Opt-out-Funktion anzubieten, mit der Mitglieder zielgerichtete Werbung und damit auch User-Tracking ablehnen könnten.

Ende August waren die Social-Networking-Seiten StudiVZ, MeinVZ und SchülerVZ wieder ins Gerede gekommen. Eine Schwachstelle in ihren Portalen gab Zutritt zu nicht freigegebenen, also privaten Fotoalben. Zwar waren die gesperrten Alben in den Profilen der Nutzer nicht verlinkt, durch eine einfache Manipulation der URL ließen sie sich jedoch ohne Weiteres aufrufen.

Post AG - Notorischer Datenhändler

siehe Rubrik „Lebenslanges Ärgernis“

—quintessenz—

Freie Software für freie Bürger



www.linuxwochen.at

Lebenslanges Ärgernis

Post AG

Es gibt Ersttäter, Rückfällige und Gewohnheitsstäter - und es gibt die österreichische Post AG, die unbeirrt ein und dasselbe Ziel verfolgt: Die persönlichen Daten ihrer Kunden weiterzuverkaufen. 2001 wurden die Postler für ihre Kollaboration mit dem Datenhändler Schober bereits mit einem Award ausgezeichnet. Schober bot die persönlichen Daten "von allen 5,5 Millionen erwachsenen Privatpersonen in Österreich mit bis zu 100 marketing-relevanten Merkmalen pro Person" an. 2003 setzte es Award Nummer zwei für die Datenerhebungspraxis über ein Formular, an dem in Österreich niemand vorbeikommt, der die Adresse wechselt. Mit Erteilung eines Nachsendeauftrags stimmte man automatisch der Datenweitergabe zu. Wer das nicht wollte, musste ein zweites Formular zum Widerruf ausfüllen. 2008 ist die Passage zum Widerruf zwar auf dem [Papier]-Formular vorhanden, aber im Kleingedruckten so gut versteckt, dass sie kaum wahrgenommen wird. Wer seinen Antrag im Netz ausfüllt, hat auf direktem Weg keine Chance, die Weitergabe der Daten abzulehnen, denn das Formular enthält kein Feld, das diese Option anbietet. Die einzige Möglichkeit ist, die entsprechende Passage auf dem Ausdruck manuell durchzustreichen.

Seit Anfang 2008 verlangt die Post bei Nachnahmesendungen jetzt auch die Bekanntgabe von Geburtsdatum und -ort. Dabei beruft man sich auf EU-Vorgaben zur Bekämpfung von "Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung".

Öffentliche Volkswahl

Das Ergebnis der Volkswahl wird erst zum Stichtag der Preisverleihung feststehen und liegt daher bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Bitte tragen Sie hier den Namen des Gewinners ein:

Defensor Libertatis

Meryem Marzouki, Kosmopolitin und Doyenne der Bürgerrechte im Informationszeitalter

Seit sich die digitale Bürgerrechtsbewegung Europas Mitte der Neunziger Jahre zu konstituieren begann, ist der Name Meryem Marzouki nicht mehr wegzudenken.

Meryem war Gründungsmitglied der ersten weltweiten Dachorganisation Global Internet Liberty Campaign 1996 und wirkte seitdem bei jeder großen Aufklärungskampagne gegen Zensur und Verschlüsselungsverbote, gegen Überwachung, Gängelung und Kontrolle federführend mit. Parallel dazu baute sie in Frankreich mit IRIS eine der schlagkräftigsten Truppen im Kampf gegen die Überwachungslawine in Europa auf.

Dass Meryem Marzouki nach der Jahrtausendwende zur Vorsitzenden des Dachverbandes European Digital Rights [EDRI] gewählt wurde, war nur konsequent und - wenn auch im Nachhinein betrachtet - eigentlich voraussehbar. Als Vorsitzende eines Dachverbands von Cyber-Habenichtsen, die durch ihr Engagement fehlende Budgets mehr als kompensieren, hat es die Doyenne der digitalen Bürgerrechtsbewegung in Europa souverän verstanden, die Energien zu bündeln und über alle nationalen Grenzen hinweg der Forderung nach Wiederherstellung der Bürgerrechte im Informationszeitalter lautstarken Ausdruck zu verleihen.

Für Feiern war stets zuwenig Zeit und so auch jetzt. Denn Meryem Marzouki ist - wie zu erwarten - in der ersten Reihe bei all jenen dabei, die eines der schädlichsten, je bekannt gewordenen Projekte in Europa zu Fall bringen werden: Das Datenbankmonster EDVIGE der außer Rand und Band geratenen Regierung Nicholas Sarkozy.

Preise
Weiterere

quintessenz



jeden letzten Dienstag im
Monat im Musemsquartier
20:00, Raum D - Eintritt frei



Geschichte der Big Brother Awards Österreich

Ausführliche Begründungen für die Preisträger sind auf der Website www.bigbrotherawards.at ebenso zu finden, wie die Listen aller jemals Nominierten.

2007 "Lauscht da Jemand?"

Business & Finanzen: Heinrich Frey, Taxi Innung - Videoüberwachung in Taxis

Die Firma RTS und die Taxi-Innung der Wirtschaftskammer setzen sich für die Einführung der Videoüberwachung in den Taxis ein. Eine „Informationsveranstaltung“ der Taxi-Innung wurde zu einer Art Verkaufsshow der genannten Firma. „Unauffällig, leicht und diskret zu installieren“ nimmt ein Mini-Digitalrekorder auf, was so im Wagen passiert. Versichert wird, dass die Daten nach 24 Stunden gelöscht werden, Garantien dafür gibt es nicht.

Politik: Claudia Schmied [SPÖ]: Skandalkosmetik um die Bildungsevidenz

Neben Stammdaten enthält die „Bildungsevidenz“ auch Daten wie Schulverweise, Besuch von Ethik- oder Religionsunterricht, Bedarf an Förderunterricht, ebenso wie alle „Nicht genügend“, Nachprüfungen, Klassenbucheinträge und soziale Auffälligkeiten. In einer aktualisierten Gesetzesnovelle blieben die Hauptkritikpunkte erhalten: Verknüpfung der Daten mit der Sozialversicherungsnummer, 60 Jahre Speicherung und Erfassung sensibler Daten.

Aufgrund von Entwicklungen unmittelbar vor der Preisverleihung wurde der Preis nicht verliehen, aber er wird in Evidenz gehalten.

Behörden und Verwaltung: Peter van der Arend [KPN] - Dataming-Standards für Telekomverkehrsdaten auf chinesische Art

Im European Telecom Standards Institute, wo vom Festnetz über Mobiltelefonie bis UMTS alle gültigen Standards für digitale Telefonie erarbeitet wurden, beschäftigt sich ein technisches Komitee ausschließlich damit, all diese Netze einheitlich überwachbar zumachen. Diese technischen Standards sind dann für sämtliches Telekom-Equipment verbindlich. Was den Behörden in nicht demokratischen Staaten gesetzlich erlaubt ist, wird im gleichen Standard normiert. Damit wird ein technisches Regelwerk vorgegeben, das den bestehenden Gesetzen quer durch Europa offen widerspricht. Die notwendigen Einschränkungen durch rechtsstaatliche Legislaturen sind so die Ausnahme der kommenden ETSI-Norm.

Kommunikation und Marketing: Anthony E. Zuiker, C.S.I.-Autor - Aushebelung von Bürgerrechten als Unterhaltungsprogramm

Die C.S.I.-Serien präsentieren Rasterfahndung, DNA-Analysen und die Aushebelung von Bürgerrechten unkritisch, verharmlosend und gefährlich einseitig. CSI diente in den letzten Jahren als Prototyp einer ganzen Reihe weiterer ähnlich gelagerter Fernsehserien, in denen die Rechte der Bürger im Allgemeinen und der Verdächtigen im Speziellen in erster Linie als ermittlungsbehindernd dargestellt werden.

Lebenswerk: Hans Dichand

In den fast 50 Jahren seiner Regentschaft verstand es Hans Dichand, mit seiner Zeitung die Politik und öffentliche Meinung in Österreich mehr als einmal entscheidend zu manipulieren.

Volkswahl: Innenminister Günther Platter [ÖVP]

Die diversen Initiativen und Vorschläge des Innenministers fanden beim Publikum das höchste Ausmaß an Ungunst.

Positivpreis Defensor Libertatis: Karl Korinek, oberster Verfassungsrichter der Republik

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Karl Korinek, warnte im September 2007 im Zusammenhang mit der Terror-Bekämpfung vor einem Abrutschen in einen totalen Überwachungsstaat. "Ich habe manchmal den Eindruck, wir werden ähnlich stark überwacht wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi."

q/uintessenz

Surfen ohne Big Brother

Die Bürgerrechtsorganisation q/uintessenz will beispielhaft ein Zeichen gegen die zunehmende Aushöhlung der Privatsphäre setzen. Denn der kostenlose Zugang zum Internet ist nur ein Aspekt davon. Viel wesentlicher erscheint uns der Umstand, dass der q/spot anonym genutzt werden kann.

q/spots gibt es bereits:

- MuseumsQuartier Wien [Haupthof]
- MQW quartier21
- Gaussplatz
- Karlsplatz
- "Akademie der Bildenden Künste", Schillerplatz

www.qspot.at

2006 „Land der Spanner“

Business & Finanzen:

Günther Gall, SWIFT / europäische Bankdaten für die CIA

SWIFT, die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication, wickelt im Auftrag von 7.800 Banken in 205 Ländern monopolartig den internationalen Zahlungsverkehr ab. Seit 2001 werden von SWIFT unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Millionen Überweisungsdaten auch europäischer Bürger und Firmen ohne rechtliche Grundlage an den US-Geheimdienst CIA übermittelt. Gewusst von der Affäre hat lange Zeit nur Günther Gall, zuständig in der Raiffeisen Zentralbank für Transaktions-services und Aufsichtsratsmitglied von SWIFT seit 2001. Gall stellte seine Schweigepflicht als Aufsichtsrat über seine Pflichten als gesetzestreuer Bürger des Staates Österreich und unserem Bankgeheimnis und dem Datenschutzgesetz.

Politik: Innenministerin Liese Prokop [ÖVP]

Video-Tour d'Autriche

Seit 2005, besonders aber vor der Wahl, tourte die Frau Innenminister durch Österreichs Städte und hinterließ Videoüberwachungsanlagen, wo immer sie gastierte. Von Bruck an der Mur, über Graz, Innsbruck, Linz, Mödling, Salzburg, Villach, und Wiener Neustadt ging die Tour nach Wien, wo gleich an drei verschiedenen Orten eröffnet wurde.



Bild: "FreiheitstattAngst-15" (cc) konservendose, flickr.com

Behörden und Verwaltung:

Johann Janisch, EDV HAK Grazbachgasse / educard

Als eine der ersten Schulen Österreichs wurde die HAK Grazbachgasse mit einer umfassende Smart-Card-Lösung für Schüler ausgestattet, die nach eigenen Angaben „alle Stückeln spielt“. Über eine Smart Card mit integriertem RFID-Chip - Ausweis, Schlüssel, Zahlungsmittel - wird alles vernetzt und nachvollziehbar, was nicht zusammengehört. 14jährige werden auf überwacht werden konditioniert.

Kommunikation: Chris Hibbert, Walt Disney TV International / digitale TV-Entmündigung

Unter der Ägide dieses Herrn erstellt die Arbeitsgruppe des DVB-Industrie-konsortiums unter dem Titel „DVB Content Protection & Copy Management“ einen Standard für Digital Video Broadcasting zusammen. Zukünftige digitale Fernsehrecorder werden dann nur unter den Bedingungen aufzeichnen können, die der Sender festlegt.

Lebenswerk: Jörg Haider / Big Brother als Landeshauptmann

Kraft seiner Macht als Landeshauptmann trampelt dieser Demagoge, der mehr als einmal gezeigt hat, dass ihm so gut wie jedes Mittel recht ist, seit nunmehr 30 Jahren auf den Rechten der slowenischen Minderheit in Kärnten herum. Einen einmaligen Tiefpunkt in der Schlammschlacht um den rechten Rand der Gesellschaftsmehrheit setzte Haider während des Wahlkampfes, als er der Minderheits-Volksguppe in übelster „Big-Brother-Manier“ öffentlich verkündete, ihre Sprache werde schlichtweg abgeschafft: „Kärnten wird einsprachig.“

„Pro-Stupiditate“ (für die dümmste Ausrede) an Brigitte Ederer, Chefin von Siemens Österreich

Im neuen Biometrie-Kompetenzzentrum von Siemens wird unter Ederers Regie der Einsatz dieser Technologien aus dem Hochsicherheitstrakt bis hinab in die einfachsten Abläufe des Lebensalltags propagiert: Von Biometrie-Eintrittskontrollen bis zum Getränkeautomaten, der sich nur nach Abgabe eines Fingerabdrucks bedienen lässt.

Eine Verantwortung für die möglichen gesellschaftlichen Folgen will die Ex-Politikerin, die Zeit ihres politischen Wirkens den Begriff „Verantwortung“ bis zum Überdruß strapaziert hat, nicht übernehmen, sondern schiebt sie auf eine Gesellschaft ab.

Öffentliche Volkswahl: Günther Gall, SWIFT / europäische Bankdaten für die CIA

Details siehe Kategorie Business & Finanzen.

Positivpreis „Defensor Libertatis“: Hans Zeger, ARGE Daten

Seit 1983 haben überwachungswütige Politiker und anderer Vertreter des Obrigkeitstaats, private Datendealer und Mächtegern-Alleswisser jeder Art einen Gegner - der heißt Hans Zeger. Seit der Gründung einer der ersten Datenschutzorganisationen überhaupt, der ARGE Daten in Österreich 1983, ist Hans Zeger der Stachel, den auch abgebrühte Politiker und breite, gut eingesessene Bürokratenhintern spüren.

quintessenz

Am Ende der Leitung

Science Fiction-Kurzgeschichten über Datenschutz,
Überwachung und Menschenrechte

Erhältlich bei Amazon oder Ihrer Buchhandlung.
ISBN: 978-3-940445-35-3

2005 „Datenschutz ist Menschenrecht“

ASSA - Fingerabdrücke und DNA der Mitarbeiter

Kategorie Business und Finanzen, ASSA-Mitarbeitern werden Fingerabdrücke und DNA Proben genommen. Zitat ASSA Website: „Das Reinigungspersonal, das nahezu ausschließlich aus den östlichen Nachbarräumen stammt und tendenziell zu den potentiell zu überwachenden Religions- und Glaubensgruppen zählt, wird von ASSA einem besonders strengen und selektiven Auswahlverfahren unterzogen“.

Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat

in der Kategorie Politik. Mit dem „Gesundheitstelematik-Gesetz“ wandelt Maria Rauch-Kallat die „Vorsorgeuntersuchung Neu“ zu einer computerverwertbaren Datensammlung für Sozialversicherungen inkl. personenbezogenen Alkoholkonsumverhalten.

Die unabhängigen österreichischen Richter

2002 bis 2004 fand ein Zuwachs von 438% bei der so genannten „Rufdatenerfassung“ statt, 68% mehr Anschlüsse wurden abgehört als davor - für diese Rekordzuwächse mit mehr oder weniger Blanks-Unterschriften unter den Überwachungsanträgen der Polizei wird der österreichischen Richterschaft der Big Brother Award in der Kategorie Behörden und Verwaltung zuerkannt.

Blizzard Entertainment / World of Warcraft

in der Kategorie Kommunikation, weil für die Teilnahme an einem Strategiespiel Spyware installiert werden muss. Das Programm überwacht den Speicherinhalt, die CPU-Prozesse und überspielt nebenbei Identifizierungsinformationen.

Lebenslanges Ärgernis: Das zentrale Melderegister

Dem Österreichischen Melderegister, der bösen Mutter aller personenbezogenen Datenbanken wird der Big Brother Award in der Kategorie „Lebenswerk“ für die lebenslängliche Begleitung aller Staatsbürger verliehen.

Volkswahl: Wiener Linien

Die Überwachungspolitik der Wiener Linien lag in der Ungunst des Publikums noch etwas weiter vorn.

Positiv-Preis „Defensor Libertatis“ - Softwarepatente

Der Defensor Libertatis Preis wird an das Europäische Parlament, das geschlossen gegen den Entwurf zur Patentierbarkeit von Software und gegen die Weitergabe von Flugdaten an die USA gestimmt.



2004 „Teeren und Federn“

Disco World of Nightlife [WON], Graz

Für die Einführung von Hochsicherheitsüberwachungstechnologien (Fingerabdruck, Videoüberwachung in der Intimzone,...) in den Freizeit-Alltag.

EU-Innen- und Justizminister [SE,FR,IR,UK]

Für den Vorschlag, alle Kommunikationsdaten auf Verdacht für Monate bis Jahre zu speichern, nur für den Fall, dass sich eine Behörde später dafür interessieren könnte.

Wiener Amtsärzte

...die Ihre Befunde von alleine an andere Behörden weiterschicken.

Hutchinson Austria „3“

Deren 3FriendFinder jedem Hobbyüberwacher ermöglicht, seine Mitmenschen geheim zu lokalisieren.

Der Lebenslanges-Ärgernis-Elisabeth-Gehrer-Preis

wurden zur höheren Ehre Elisabeth Gehrers - vor allem für deren Uneinsichtigkeit beim Speichern von Jugendsünden auf 70 Jahre in der Bildungsevidenz zum zweitenmal ausgesetzt.

Linz Strom

erhielt in der Volkswahl die meisten Nennungen für den dreisten Versuch, Funktechniker mundtot zu machen, die öffentlich diskutierten, daß die Powerline-Technologie den internationalen Flugfunk, sowie die Militär- und Rettungsfrequenzen stört. Die Preisträger wurden auf der Bühne geteert und gefedert.



2003 „Die Farm der Tiere - Sauerei!“

Die Jury wählte aus 150 Nennungen die Nominierten und anschließend die Gewinner. Der Preis - live auf der Bühne von Künstlern abgeschnittene Schweineohren - wurden anschließend mangels Erscheinen inkl. Kochrezept an die Gewinner per Eilpost zugestellt.

Salzburger Lokalbetreiber am Rudolfskai

Als herausragendes Beispiel im Bereich Business für die Forderung, ihre zuvor gewinnbringend abgefüllten Gäste durch die Stadt mit Videokameras überwachen zu lassen.

EU-Kommission und Janelly Fourtout

Für den Versuch der Copyrightindustrie per IP-Enforcement Direktive einseitig zu erlauben, sogenannte „Raubkopierer“ Rentner und Schulkinder direkt ins Gefängnis zu schicken.

Post AG

Wo sich Kommunikation und Marketing treffen: Wer der Post im Nachsendeauftrag seine neue Anschrift bekannt gibt, erlaubt außerdem automatisch den gewinn-bringenden Verkauf der Daten an Werbeverlage. Wer nicht zustimmt, dessen Auftrag wird nicht angenommen.

BM Elisabeth Gehrler

Da die genannte Ministerin für ihre Bildungsevidenz bereits in allen ihr möglichen Kategorien ausgezeichnet worden war, wurde das „Lifetime Achievement“ in „Elisabeth-Gehrler-lebensanges-Ärgernis-Award“ umbenannt.

Europäisches Patentamt

Als Behörden, die ihr gewinnträchtiges, aber gesetzlich nicht anerkanntes Geschäft mit Software- und Ideenpatenten um jeden Preis legalisieren möchte – auch wenn diese Praxis letztlich zu Arbeits- bzw. sogar Denk-verböten für Programmierer führt.

Herold GmbH - Tiefendaten CD

Mit 80 Prozent der 250 Einreichungen der klare Sieger in der Volkswahl.

Erstmals vergeben wurde ein positiv gemeinter Preis. Der „**Defensor Libertatis**“ ging an den Journalisten und Historiker **Peter Huemer** für Verdienste um die Verteidigung von Bürgerrechten im Informationszeitalter und den Einsatz für die Freiheit der Kommunikation.

2002 „Sie wissen was du gestern getan hast“

UNIQA Krankenversicherung

Die alle Ärzte, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen des Kunden von der beruflichen Schweigepflicht befreit.

Linzer Landeshauptmann-Stv Erich Haider

Als Politiker, der die neue Linzer Mini-Ubahn erst 2004 in Betrieb nehmen möchte, aber das ausgeklügelte computergesteuerte Überwachungssystem sofort.

Innsbrucker V.Bgm. Eugen Sprenger

Wer in Innsbruck durch einen Notlage Sozialhilfe beantragt, ermächtigt die örtliche Behörde und Verwaltung sich von fast jeder erdenklichen Stelle intime Daten über das Leben des Antragstellers ohne weitere Erklärung zu besorgen.

Ratskammer Klagenfurt

welche im Zuge der Ermittlungen einer Einbruchserie ohne viel Umstände beschloß, daß die Kommunikationsdaten von Zigtausenden Kunden eines längeren Zeitraumes aller vier Handybetreiber übergeben werden müssen.

Bundesminister Elisabeth Gehr

Für die Megadatenbank der Schüler , in der alle persönlichen Details wie sonderpädagogischer Förderbedarf, Religionsbekenntnis, Schulerfolg, Betragen usw. 70 Jahre lang zu speichern

Innenminister Ernst Strasser

siegte in der Volksabstimmung.

Die Gewinner wurden mit Plexiglasröhren voll mit lebendigen Kakerlaken ausgezeichnet .



2002
Sie wissen was du getan hast

2001 Kakerlaken

2001 „Kakerlaken“

Unter dem gerade aktuell gewordenen Motto „Terror und Überwachung sind Geschwister“, entschied sich eine siebenköpfige Jury für folgende Gewinner.



Ars Electronica

Business mit einer menschenverachtenden Technologie: Gemeinsam mit einigen Sponsoren verharmlosen sie die Biometrie. Bürgermeister Gerhard Köfer Mit seiner Kopfgeld-Aktion schafft dieser Bürgermeister ein neues Klima der Denunziation und gegenseitiger Bespitzelung.

Kripo-Chef Herwig Haidinger

Den größten Verfechter und Verharmloser im Bereich Behörden und Verwaltung von Überwachungstechnologie und -schnittstellen direkt im Equipment der Telekoms, ehrt die Jury auf ihre Weise.

Post AG

Über den Verkauf von Adressen und die enge Zusammenarbeit mit dem Direktmarketer Schober , das Rückmelden über geleerte und ungeleerte Postkästen versucht die Post Ihr Kerngeschäft zum Nachteil der einfachen Haushalte weiter anzukurbeln: Telekommunikation und Marketing

Karl Isamberth

Als Mastermind hinter den sozial höchstsensiblen Großprojekten bei Volkszählungen und der Bildungsevidenz, erhält er verdient den Preis als „lebenslanges Ärgernis“.

Peter Westenthaler

...konnte mit seinen Fingerprint-Fantasien den Mitbewerb in der Volkswahl ausstechen.



Die Gewinner wurden mit Plexiglasröhren voll mit lebendigen Kakerlaken ausgezeichnet. Schaben und schäbiges Verhalten trafen einander.

2000 „Willenlose Roboter“

Im Zuge der - mit Ausnahme der Preisträger - gut besuchten Verleihung und Party im Wiener Flex wurden die Gewinner entsprechend gewürdigt. Nicht abgeholte Preise – ausgesprochen dämliche, ferngesteuerte Roboterhunde - wurden vom aufgebrachten Publikum über eine Planke in den Donaukanal geschickt.

Saturn, 1070 Wien

Weil man durch Bezahlen mit der Bankomatkarte der „unwiderruflichen“ Ermächtigung zur Weitergabe persönlicher Daten zustimmt. Davon aber nicht so leicht erfährt, weil diese Zustimmung klein gedruckt und nur auf der Rückseite des Kassabons steht. Verdienter Sieger in der Kategorie Business und Finanzen.

Aktion Unabhängiger und Freiheitlicher

Menschen, die als Personalvertreter/Polizeigewerkschaft unkündbar sind, machen Politik mit jenen Daten, die der Staat sammelt.

„Helmi“ - der anonyme Polizeispitzel

Selbst wegen Drogendelikten vorbestraft und immer nur maskiert vor Gericht auftretend, erzählt er immer genau das, was die Polizei hören will und die Richter glauben ihm. Ein besonderer Fall für Behörden und Verwaltung.



Arbeitsgruppe SEC LI [Lawful Interception]

Die Arbeitsgruppe des European Telecom Standards Institute beschäftigt sich damit, Abhörstandards für alle digitalen Telekommunikationseinrichtungen zu entwickeln.

Dieter Böhmdorfer, Justizminister

Für ein Leben (Lifetime Achievement), das im Zeichen der Bemühungen steht, die Rechtssprechung als Großen Bruder gegen Kritik und freie Meinungsäußerung zu mobilisieren.

Die Freiheitliche Partei Österreichs

Die unter Spitzelverdacht stehende FPÖ wurde vom Publikum zu ihrem Favoriten gewählt.

1999 Beton-Patscherl

1999 „Beton-Patscherl“

Eine harte Auslese: Aus über 100 Einsendungen hatte das Vorbereitungskomitee 25 Kandidaten nominiert, von denen 20 den Sprung zur fixen Nominierung durch die Jury schafften.

Österreichische EU-Parlamentarier

(Ex-)Europarlamentarier (Politik): Hannes Swoboda (SPÖ), Herbert Boesch (SPÖ), Marilies Flemming (ÖVP) Paul Rübiger (ÖVP), Karl Habsburg-Lothringen (EX-ÖVP, CSA), Klaus Lukas (EX-FPÖ, CSA), Ilona Graenitz (SPÖ), Hilde Hawlicek (SPÖ) für die Zustimmung zu den sogenannten ENFOPOL-Abhoerinitiativen.

Österreichisches Statistisches Zentralamt

Verantwortlicher Karl Isamberth für die geplante Volkszählung 2001, die gleichzeitig einem Abgleich mit dem Melderegister und der Einführung eines Personenkennzeichens dienen soll. (Behörden)

Kreditschutzverband von 1870

Für die laufende Publikation von unklaren und veralteten Wirtschafts und Schuldnerdaten die immer wieder Menschen durch irreführende Angaben in Ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet. Eine besonders verabscheuungswürdige Form von Business.

Schober Direct Marketing

Kommunikation: Schober bietet für über 5 Millionen Österreichische Individuen jeweils bis zu 50 (!) zusätzliche personenbezogene Informationen an.

Innenminister Karl Schlögl

Lifetime Achievement für eine Amtszeit, in der Grundrechte wie Schutz der Privatsphäre, Schutz der persönlichen Daten und Redaktionsgeheimnis permanent in Frage gestellt wurden.

Die Trophäen, Spielzeugroboter, wurden live auf der Bühne mit Beton-Patscherl versehen.



Jury 2008

Elisabeth GARDAVSKY

Leitung Nachrichten bei KURIER ONLINE.

Neugierig aus Passion & misstrauisch aus Profession. Jazz & Krimi-Fan.

Reinhold KNOLL

Univ.Prof. für Soziologie an der Universität Wien. Geb. 1941 in Wien. Studium der Geschichte und Kunstgeschichte; Dr. phil.; 1970 innenpolitischer Redakteur beim ORF; ab 1972 Univ.Ass.; 1985 Habilitation im Fach Geschichte soziologischer Theorien; Univ.Prof. seit 1995. Mitherausgeber zur Geschichte österreichischer Philosophie von 1450 bis 2000 in 6 Bänden "Verdrängter Humanismus - Verzögerte Aufklärung"

Andreas KRISCH

Wirtschaftsinformatiker und ausgebildeter Datenschutzbeauftragter sowie Experte für das Europäische Datenschutz-Gütesiegel (EuroPriSe). Als Obmann von VIBE!AT und Vorstandsmitglied von European Digital Rights (EDRi) ist er in der internationalen Vernetzung und Zusammenarbeit von Datenschutz- und Bürgerrechtsorganisationen tätig und vertritt EDRi gegenüber Gremien der EU. Seine Firma mksult GmbH unterstützt Unternehmen beim datenschutzkonformen Umgang mit personen-bezogenen Daten und gibt die deutschsprachige Ausgabe des EDRi-gram heraus.

www.vibe.at

www.edri.org

Gerlinde LANG

beim Jugend/Kultur-Sender FM4 zuständig für Berichte über Internet, Spiele und digitale Kultur in der bekannt-beliebten Rubrik "Digital Underground" und "IT-News".

<http://fm4.orf.at/gerlinde>

Peter PURGATHOFER

Dozent am Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung. Er ist vorwiegend in der Theorie und der Praxis des Designs interaktiver Systeme tätig, beschäftigt sich aber auch intensiv mit den Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlicher und technologischer Entwicklung.

<http://igw.tuwien.ac.at/zope/igw/menschen/purgathofer>

2008
Jury



© Joanna Pianka

Christian SCHMAUS

Mitarbeiter in der auf grundrechtliche Fragestellungen spezialisierten Anwaltskanzlei Bürstmayr; externer Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte, insbesondere zu Fragen des Datenschutzes; Koordinator der Kommission OLG Wien I des Menschenrechtsbeirats; und (Ko-)Autor verschiedener Stellungnahmen, Artikel, Gutachten, insbesondere zu datenschutzrechtlichen Fragestellungen.

Birke SCHÖNKNECHT

Rechtsanwältin
Hummer Schönknecht Rechtsanwälte
1010 Wien

quintessenz

q/Freitag

vorbeikommen und mitreden

jeden Freitag ab 20:00 im q/office
quartier21/MQ (Electric Avenue)

Veranstalter & Location

Verein zur Wiederherstellung der Bürgerrechte im Informationszeitalter

(quintessenz) - www.quintessenz.org



quintessenz ist eine Vereinigung von Menschen aus Technik, Wissenschaft, Journalismus und Kunst, die im Sommer 1994 ans Netz gingen und dort seitdem gemeinsam aktiv sind. Unsere Basisstation in Wien ist das Museumsquartier. quintessenz ist Gründungsmitglied der Dachverbände Global Internet Liberty Campaign [1996] und EDRi [European Digital Rights, Brüssel 2002] Der Vereinszweck ist die Wiederherstellung aller Bürgerrechte, die mit technischen Mitteln inzwischen aufgehoben wurden. Für unbescholtene wie bescholtene Bürger/innen gehen und gehen gleichermaßen Rechte verloren wie:

Die Freiheit unbelauscht zu kommunizieren und unbeobachtet durch die Straßen zu gehen. Das Recht, in Ruhe gelassen zu werden, anonym einzukaufen und zu kommunizieren, oder das Recht, über die Speicherung und Verwendung der eigenen Daten selbst zu bestimmen. Dafür schleichen sich immer mehr Routinen aus dem Hochsicherheitstrakt in den Alltag der Zivilgesellschaft ein. Genaueres darüber erfahren sie im umfangreichen Archiv unserer Website.

Verein für Internet-Benutzer Österreichs

(VIBE) - www.vibe.at



Der Verein für Internet-Benutzer Österreichs (VIBE!AT) hat sich zur Aufgabe gemacht, zu einem mündigen, verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit dem Medium Internet zu ermuntern. Gleichzeitig will er ein öffentliches Bewusstsein schaffen, das jegliche Versuche, diese Freiheiten übermäßig zu beschränken erkennt und verurteilt. VIBE!AT ist Mitglied im weltweiten Dachverband Global Internet Liberty Campaign (GILC), Gründungsmitglied von European Digital Rights (EDRi), Betreiber von priv.at und Tagungsteilnehmer des Internetbeirats. Ein Mitglied von VIBE!AT hat als Vertreter der Internetbenutzer einen Sitz im 7-köpfigen Domainbeirat.

Rabenhof-Theater

www.rabenhof.at



Mitwirkende / Credits

Big Brother Awards 2008 - die Gala

Hosts

Thomas Rottenberg
Journalist, Moderator
Dagmar Streicher
Medienkünstlerin, Regisseurin, Moderatorin

LaudatorInnen

Stefan Kaltenbrunner
Stv. Chefredakteur DATUM
Herbert Hrachovec
Univ. Prof. Philosophie
Bady Minck
Medienkünstlerin, Regisseurin
Barbara Mayerl
IT Redaktion Format
Martin Blumenau
FM4
Reinhard Nowak
Kabarettist, Schauspieler

Special Guests

Simon Davies,
Privacy International
Ralf Bendrath,
Aktion gegen Vorratsdatenspeicherung
Meryem Marzouki,
EDRi

Showband

ECLIPTICA
MTS
monochrom

Vor Ort Performance

United Aliens

Visuals

mingo.tv

Produktion Rabenhof

Matthias Jodl

Live Übertragung

eyem
kanalB
Orange 94.0



www.bigbrotherawards.at/2008/Support



Raum für Notizen

Raum Für Notizen

www.bigbrotherawards.at

Impressum

quintessenz
Museumsplatz 1 - quartier21/MQ
A-1070 Wien

Spenden an

quintessenz
Kto. Nr. 01755-0534-00
Bank Austria
BZL 12000